

**4. März 1973** Vor 50 Jahren Wahlen zur Abgeordnetenversammlung und zum Senat in Chile. Die Unidad Popular konnte ihren Stimmenanteil im Vergleich zu dem bei der Wahl Allendes zum Präsidenten am 4. September 1970 von 36,3 auf 43,8 Prozent erhöhen.

**5. März 1933** Vor 90 Jahren letzte Reichstagswahlen mit Beteiligung mehrerer Parteien. NSDAP 43,9 Prozent, KPD und SPD zusammen 30,6 Prozent.

**16. März 1968** Vor 55 Jahren Massaker US-amerikanischer Soldaten im Dorf Son My, auch unter My Lai bekannt. (Südvietnam)

# Linkes Blatt

**DIE LINKE.**

3. Ausgabe / 33. Jahrgang

Für Halle (Saale)

14. März 2023

## Feministischer Kampftag!

Am 8. März war der feministische Kampftag. Dazu gab es auch eine große und starke Demonstration, die einmal durch Halle zog und ein Ende von Diskriminierung, Gewalt und Unterdrückung einforderte.

Danke für die vielen guten Redebeiträge.

Vorher am Tag waren wir beim KITA-Streik von ver.di, um uns mit den Kolleg:innen zu solidarisieren und haben in der Tradition des Internationalen Frauentages Blumen verteilt.

Aber auch nach dem 8. März muss es weiter darum gehen, endlich echte Gleichstellung in Politik, Wirtschaft und Kultur, bei der Sorgearbeit, beim Lohn und bei der Sicherheit herzustellen.

Das geht nur mit einer starken feministischen Bewegung!



## Gedenken an die Feministin Martha Brautzsch

**Zum Gedenken an Martha Brautzsch (9. März / 11 Uhr / Südfriedhof) erklärt der Stadtvorstand der LINKEN in Halle:**

„Am 9. März 1946 wurde die Feministin Martha Brautzsch nach dem Besuch einer Frauentagsveranstaltung ermordet, sie liegt auf dem halleschen Südfriedhof begraben. In dem Jahr, in dem sie nach dem Sieg der Alliierten in Ost und West wirken konnte, setzte sie sich für antifaschistische Frauenausschüsse ein, also die Selbstorganisation von Frauen in einer weiterhin patriarchalen Gesellschaft. In Halle wird schon lange an sie erinnert und wir wollen auch heute nicht, dass sie in Vergessenheit gerät. Denn es ist bis heute ein Problem, dass Erinnerung männlich dominiert ist, sichtbar an der mehrheitlichen Benennung von öffentlichen Einrichtungen durch Männer, in Geschichtsbüchern und in populären Dokus.

Neben Martha Brautzsch wären hier noch viele weitere hallesche Frauen wie beispielsweise die liberale Politikerin Agnes Gosche, die Reformatorin Felicitas von Selmenitz oder die Philosophin Johanna Charlotte Unzer zu nennen, die mehr Bekanntheit verdient haben.

Wir setzen uns daher auch allgemein für die Sichtbarmachung dieser Biografien ein, die zu einem vollständigen Bild ohne Zweifel dazugehören.“

## Echte Gleichberechtigung muss auch materiell sein - DIE LINKE Halle zum Equal Pay Day

**Zum Equal Pay Day erklärt der Stadtvorstand der LINKEN in Halle:**

„Am 7. März war Equal Pay Day, das heißt bis zu diesem Tag haben Frauen theoretisch umsonst gearbeitet, da sie entsprechend weniger verdienen. Diese strukturelle Ungerechtigkeit geht nicht von warmen Worten weg, sondern erfordert entsprechende Gesetze und die deutliche finanzielle Besserstellung von Berufen, die als „Frauenberufe“ gelten und genau deshalb oft schlechter entlohnt werden. Deshalb unterstützen wir am morgigen feministischen Kampftag die Streiks der Kolleg:innen in den Kitas und Horten - eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist nicht nur für alle Kinder und Eltern besser, sondern auch für die materielle Gleichstellung aller Geschlechter. Der Equal Pay Day und der 8. März sind also ein kämpferischer Aufruf dazu, die Diskriminierung von allen, die von patriarchaler Unterdrückung betroffen sind, zu bekämpfen - mit Gesetzen zur sexuellen und geschlechtlichen Selbstbestimmung und für gleiche Bezahlung, mit guten Tarifverträge und gerechter Politik, durchgesetzt mit Streiks und Demonstrationen!“

## Liebe Seniorinnen und liebe Senioren, hiermit lade ich euch zu unserem Senior:innen-Treffen ein:

### März

Termin: 22.03.2023, 14:30 Uhr  
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4  
Thema: Was kann ich für meine Sicherheit tun?

Aktuelles vom Enkeltrick und Co.  
Wir sprechen mit der Polizei über aktuelle Tendenzen.

### April

Termin: 19.04.2023, 14:30 Uhr  
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4  
Thema: Wird noch bekannt gegeben

Ich freue mich, wenn ich euch wieder zahlreich zu unseren Veranstaltungen begrüßen kann.  
Eure Vorschläge und Anregungen sind auch weiterhin willkommen.  
Lydia Roloff

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 22.02.2023

„Halle (Saale) hat überzeugt, das Zukunftszentrum kommt nach Halle!“

Diese Botschaft verkündete der Bürgermeister mit Stolz in seinem Bericht zur Stadtratssitzung.

Er lobte diesen Erfolg der Stadt Halle als eine echte Teamleistung über alle Ebenen hinweg und dankte allen Unterstützerinnen und Unterstützer in der Stadt, der Region, im Land und im Bund. Bis das Zukunftszentrum so richtig fertig ist, werden noch Jahre vergehen.

Bis dahin müssen wir als Stadt Halle auch noch einige Herausforderungen der städtischen Entwicklung meistern. Dazu wird es weitere Abstimmungen geben. Für die Stadt Halle ist dieses Zukunftszentrum ein Erfolg, das sieht unsere Fraktion auch so. Perspektivisch können wir uns als tolle Gastgeberin repräsentieren und damit die Stadt Halle weiter, auch international, bekanntmachen.

Im Bericht des OB wurde auch bekanntgegeben, dass der Grundstein für das Areal am „Gravodruck“, Reileck, gelegt wurde. Auf dem 6.200 Quadratmeter großen Areal entstehen fünf Neubauten und im denkmalgeschützten Hauptgebäude 137 Wohnungen, Büros und Gewerbeeinheiten sowie ein Bio-Verbrauchermarkt und knapp 80 Tiefgaragenstellplätze.

Mehrheitlich zugestimmt wurden im Stadtrat der Vorlage „Ausbau Gustav Anlauf-Straße/ Großer und Kleiner Sandberg- Variantenbeschluss“ und der Wohnbebauung Weißbuchenweg.

Beschlossen wurden im Stadtrat auch neue Straßennamen. Im Bebauungsplan 87.1. „Wohnen an der Alten Heerstraße“ werden zwei Erschließungsstraßen geplant. Sie werden die Namen von Christa Wolf und von Sarah Kirsch bekommen.

Der gemeinsame Antrag unserer Fraktion mit der SPD-Fraktion, der Fraktion Hauptsache Halle & Freie

Wähler sowie der FDP-Fraktion zur Würdigung der Verdienste von Prof. Dr. Wolfgang Lukas wurde zur weiteren Bearbeitung in die Ausschüsse verwiesen. Prof. Dr. Lukas war Geschäftsführer der städtischen Unternehmen TGZ Halle GmbH und Bio-Zentrum Halle GmbH. Er hat sich um die strukturelle Neuprägung der Stadt Halle vom Industrie- zum Technologiestandort verdient gemacht. Sein Wirken ist mit der Ansiedlung zahlreicher Unternehmen und der Schaffung hunderter neuer Arbeitsplätze in Zusammenhang mit international renommierten Forschungsinstituten und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verbunden, heißt es in der Begründung. Eine Initiative aus der Stadtgesellschaft hatte sich an den Stadtrat gewandt, um eine Ehrung für Prof. Dr. Lukas anzuregen. So entstand der Antrag, die Namensvergabe für das Areal des Kreisverkehrs am Schnittpunkt Heideallee/ Weinbergweg/ Walter-Hülse-Straße mit der Bezeichnung „Wolfgang Lukas Platz“ zu führen.

Beschlossen wurde auch die Teilnahme von zwei Stadträten an der 42. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25.05.2023 in Köln. Aus unserer Fraktion wird uns Anja Krimmling-Schoeffler vertreten.

Aufgrund seines Gesundheitszustandes hat unser Mitstreiter Rüdiger Ettingshausen gebeten, ihn aus seinen Verpflichtungen im Verwaltungsrat der Sparkasse und in der Stadion Halle Betriebs GmbH zu entbinden. Wir danken Rüdiger ganz herzlich für sein langes Wirken und wünschen ihm alles Gute.

Im Verwaltungsrat der Sparkasse wird nun Renate Krimmling für unsere Fraktion tätig sein und Sten Meerheim vertritt uns in der Stadion Halle Betriebs GmbH.

Ute Haupt

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare  
**Spende erbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
10.03.2023  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 13.04.2023

Einladung zur Fachveranstaltung:

# #POLIZEIKONTROLLE

Korpsgeist aufbrechen – wie lässt sich die Polizei kontrollieren?  
**20. MÄRZ 2023, AB 18 UHR IM ZAZIE, HALLE**

Mit **CopWatch** Leipzig,  
**Dr. Kati Lang**, Rechtsanwältin, Recht  
gegen Rechts, **Marie-Theres Piening**,  
wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Goethe-  
Universität in Frankfurt a.M., **Clara-Anne Büniger**  
(MdB, DIE LINKE) und **Henriette Quade** (MdL, DIE LINKE)



**20. März 2023 - Fachveranstaltung #Polizeikontrolle**

## **Korpsgeist aufbrechen - wie lässt sich die Polizei kontrollieren?**

**Zeit: 18 Uhr**

**Ort: Zazie, Kleine Ulrichstraße 22, 06108 Halle (Saale)**

Kontrollinstanzen für polizeiliches Handeln sollten im demokratischen System normal und selbstverständlich sein. Denn Polizeikräfte üben Hoheitsrechte aus, repräsentieren den Staat, üben dessen Gewaltmonopol aus und führen Waffen.

Daher treffen sie besondere Pflichten, insbesondere müssen sie rechtmäßig handeln. Das kann nur garantiert werden, wenn die Rechtmäßigkeit polizeilichen Handelns auch kontrolliert wird. Doch daran mangelt es oft: Wenn das Versammlungsrecht nicht gewahrt oder Blockaden unter Einsatz von brutaler Gewalt geräumt werden. Wenn anlasslose Personenkontrollen racial profiling bedeuten. Wenn bei Körperverletzung im Amt niemand als Täter\*in ermittelt wird. Wenn rassistische Beleidigungen durch Einsatzkräfte keine Folgen haben. Wenn Menschen rechtswidrig in Gewahrsam genommen werden. Wenn Menschen durch Polizeikräfte getötet werden, aber die Ermittlungen im Sande verlaufen. Oftmals sehen sich Betroffene einem übermächtigen Apparat gegenüber. Einem Apparat, in dem sich rechte Netzwerke finden, sich Einheiten der Kontrolle entziehen, Munition verschwindet.

Es gibt also viele Gründe, warum es eine bessere Kontrolle der Polizei braucht. Doch Aufklärung kommt selten von innen, sondern meistens von außen, etwa durch Recherchen von Journalist\*innen oder ehrenamtlich arbeitenden Initiativen.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat März Geburtstag haben.



## Bericht zur Konferenz „Sorgende Städte. Kommunale Strategien für feministisches Vergesellschaften vom 20.-22.1.23 in Bremen

Die Rosa Luxemburg Stiftung hatte diese Tagung gemeinsam mit dem Netzwerk Sorgende Städte (zu finden unter sorgende-staedte.org, weitere Infos gibt es auch auf der Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung bzw. im Heft 1/2022 der gedruckten rosalux) organisiert. Bremen war als Tagungsort ausgewählt worden, weil dies die erste Stadt in Deutschland ist, die versucht, dieses Konzept auch in Deutschland umzusetzen. Bisher gibt es diese Initiativen vor allem in Spanien und Argentinien.

Im Mittelpunkt der Debatten standen Erfahrungsberichte und Strategien zur feministischen Vergesellschaftung und Entprivatisierung von Sorgearbeit.

Zum Verständnis des Konzepts: Eine sorgende Stadt ist eine Vision von einer Stadt, welche das Wohlbefinden, das Leben und die Bedürfnisse aller Bürger\*innen in den Fokus legt, und Veränderungen auf dem Weg in eine sozialistisch-feministische Zukunft wahr werden lässt. Sie zeichnet zum Beispiel aus, dass sie einen sicheren Raum für Frauen, Queers und alle weiteren Menschen schafft, dass sie eine gemeinwohlorientierte städtische Sorgeinfrastruktur zur Verfügung stellt, auf die sich alle Bürger\*innen verlassen können und auf die alle den gleichen Zugriff haben, unabhängig von individuellen Ressourcen, Biografien und Verhältnissen. Zudem haben in einer sorgenden Stadt alle einen unkomplizierten Zugang zu sozialen Angeboten. Außerdem soll in einer sorgenden Stadt niemandem ein Dach über dem Kopf verweigert werden. Wohnungen sollen bezahlbar für alle sein.

Auch in Halle gibt es einige Initiativen - zwar mit anderem Namen, jedoch ähnlichen Anliegen. Zwei möchten wir vorstellen: smart cities und „Recht auf Wohnen“. Letztere Initiative hat sich gerade wieder gegründet. Auf der Homepage (<https://rechtaufstadthalle.noblogs.org/>) heißt es: Die Gruppe hat sich zusammengefunden aus persönlicher Betroffenheit und einem hohen Interesse an der Auseinan-

dersetzung zum Thema Wohnen in Halle. Wohnraum ist etwas sehr Persönliches, wenn dieser bedroht wird, entstehen existenzielle Ängste, die es erschweren, mit der Situation umzugehen und für die eigenen Rechte zu kämpfen. Recht auf Stadt möchte dazu beitragen, dem Gefühl des Alleine-Seins entgegenzuwirken und, dass Mieter\*innen ihre Rechte kennen und so Wohn- und Freiräume erhalten bleiben. Denn Wohnungen sind kein verhandelbares Luxusgut, sondern ein Grundbedürfnis, eine Notwendigkeit.

Die zweite Initiative betrifft Halle (Saale) als eine von 73 bundesweiten Smart City- Modellkommunen. Gemeinwohlorientiert soll die Stadt attraktiver und lebenswerter werden. Die Potenziale der verschiedenen Stadtteile werden ausgebaut, und die gesamte Stadt soll noch enger zusammenwachsen. Unter [mitmachen-in-halle.de](http://mitmachen-in-halle.de) können alle Ideen aufgenommen und weiterentwickelt werden. Egal ob planen, bauen, bilden, arbeiten oder mobil sein, Bürger\*innenbeteiligung ist gefragt. Die Verbundenheit der Hallenser\*innen mit ihrer Stadt und ihre Lebensqualität werden somit stärker. Die Tourist\*innen werden das positive Flair spüren.

Dr. Viola Schubert-Lehnhardt, Marion Krischok

### AG - Wahlprogramm sucht Verstärkung

Die Arbeiten am nächsten Wahlprogramm haben begonnen. Um viele verschiedene Ideen einfließen zu lassen, benötigt es aber noch Unterstützung aus der Basis. Wer sich beteiligen möchte, kann sich bei Patricia ([patricia.fromme@dielinke-halle.de](mailto:patricia.fromme@dielinke-halle.de)) oder Bodo ([Bodo.Meerheim@t-online.de](mailto:Bodo.Meerheim@t-online.de)) melden.

## Workshop für Sozialsprechstunde

Das Angebot unserer wöchentlichen Sozialsprechstunde soll ausgeweitet werden.

Für alle, die sich gerne einbringen möchten, gibt es einen Workshop zur Vorbereitung. Hier soll es hauptsächlich darum gehen, wie die jeweiligen Anträge ausgefüllt werden, welche Fehler häufig passieren und welche Unterlagen benötigt werden.

Der Workshop findet am 14.04. um 18 Uhr im Linken Laden statt. Es wird außerdem die Möglichkeit geben, online teilzunehmen. Bitte meldeteuch bei Patricia (patricia.fromme@dielinke-halle.de) an.

Bei Bedarf kann eine Kinderbetreuung organisiert werden.

---

## 25. April 2023, 19:30 Uhr - Lesung aus der Neuauflage „Die Geschwister“

Stadtbibliothek Halle, Salzgrafenstraße 2, 06108 Halle / Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt  
Lesung anlässlich des Brigitte-Reimann-Jubiläumsjahres aus der Neuauflage „Die Geschwister“ mit der Schauspielerin Elisa Ueberschär  
Eintritt frei!

Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Stadtbibliothek Halle und dem Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt

Die große Neuauflage eines der meistdiskutierten Bücher der DDR-Literatur.

Das Sensationsbuch erstmals so, wie die Autorin es schrieb. Dank eines Glücksfundes können wir diesen Roman, der aufgrund seiner verblüffenden Modernität derzeit international für Begeisterung sorgt, in einer ungekürzten, politisch ungeschönten Fassung auch hier neu entdecken.

Ostern 1961 erfährt Elisabeth, dass ihr über alles geliebter Bruder in den Westen gehen will, weil er in der DDR keine Zukunft sieht. Was wird bleiben von ihrer Gemeinsamkeit, wenn jeder seinen Idealen folgt? Wenige Tage hat sie noch Zeit, mit Uli zu reden.

Die freierzigere und mutigere, zugleich reifere und klarsichtigere Neuauflage steht symbolhaft für das viel zu kurze Leben dieser faszinierenden Schriftstellerin, die sich selbst stets treu blieb.

Quelle: Aufbau-Verlag

## Für solidarischen und friedlichen Protest zum Jahrestag des Angriffskriegs auf die Ukraine

**Am 24. Februar jährte sich der Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine.**

**Dazu erklärt der Stadtvorstand der LINKEN in Halle folgendes:**

„Der Jahrestag des brutalen Überfalls auf die Ukraine erinnert uns an das entsetzliche Leid der Menschen vor Ort, die weiter anhaltenden Kämpfe und die fast aussichtslos erscheinende internationale Lage.

Der Angriffskrieg des russischen Regimes unter Putin stellt eine Absage an friedliche Verständigung dar, die Begründung einer vermeintlichen Entnazifizierung in der Ukraine ist mehr als zynisch und die Logik der militärischen Aggression wütet weiterhin dort.

Als LINKE unterstützen wir friedenspolitische Proteste, die den Aggressor klar benennen und sich mit der Ukraine solidarisieren, zum Beispiel durch die Forderung nach humanitärer und finanzieller Hilfe, durch die Aufnahme von Geflüchteten und durch die effektive Sanktionierung der russischen Kriegsindustrie und ihrer Profiteur:innen.

Gleichzeitig halten wir es für notwendig, die militärische Logik auch bei uns zu kritisieren. Wenn immer größere Aufrüstungspakete für die Bundeswehr beschlossen werden, wenn über Streu- und Phosphorbomben geredet, wenn schon wieder über die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert wird, wenn weiter Abkommen mit autoritären Regimes wie der Türkei oder Aserbaidzhan geschlossen werden und wenn die Rüstungsproduktion auf Hochtouren läuft, dann braucht es im deutschen Diskurs dringend eine starke Stimme für Friedenspolitik und Antimilitarismus.

Diese Stimme muss solidarisch, antifaschistisch und gerecht sein - deshalb riefen wir dazu auf, sich am Aktionstag ‚Stoppt das Töten in der Ukraine‘ von der Deutschen Friedensgesellschaft zu beteiligen.

In Halle unterstützten wir am 24. Februar den Protest von DFG-VK, VVN-BdA und Friedenskreis von 17 bis 19 Uhr vor der Ulrichskirche.“

## Wir wollen Frieden

Am 24. Februar 2022 überrollten Panzer der Russischen Föderation die gemeinsame Grenze zur Ukraine. Russische Soldaten zerstörten Ukrainische Dörfer und Städte, russische Flugkörper zerstörten Werke, Bahnlinien und Straßen. In einer „besonderen militärischen Operation“ besetzte die russische Armee Teile des Nachbarstaates. Russland begann einen völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg gegen das Nachbarland.

Seit dem 24. Februar 2022 sterben Tag für Tag Soldaten und Zivilisten - Ukrainer und Russen.

Dieser Zustand muss schnell beendet werden!

Die Väter gehören zu ihren Kindern und nicht in die Schützengräben.

Die Propagandisten aus Moskau verkünden als Ziel des Krieges die „Befreiung russischer Bevölkerung von ukrainischer Unterjochung“, die „Befreiung von ukrainischen Nationalisten“. Die Propagandisten aus Kiew rufen täglich zum „Sturz von Putin in Moskau“ auf und faseln vom „Kampf bis zum Sieg“. Solche gegenseitigen Anfeindungen führen zu keiner friedlichen Lösung. Wir aber wollen Frieden. Selbst der Papst hat in seiner Weihnachtsbotschaft dazu aufgerufen, den Krieg in der Ukraine 2023 zu beenden.

Zig Milliarden US-Dollar und zig Millionen Euro und noch mehr Waffen für einen Kriegsteilnehmer sind nicht geeignet, sich dem Frieden zu nähern.

Hilfe für die ukrainische Bevölkerung im Winter 2023, aber keine Unterstützung für die Verlängerung des Krieges. Erforderlich ist ein baldiger Waffenstillstand. Was bringt das?

Ein Waffenstillstand zwischen den Kampfparteien beendet das tägliche Töten - zumindest für eine vereinbarte Zeit.

Bei einem Waffenstillstand könnten Verwundete und Gefangene ausgetauscht werden.

Ein Waffenstillstand reduziert die Leiden der Bevölkerung.

Ein Waffenstillstand begünstigt den Willen zum Frieden.

Die Gegner eines Waffenstillstandes argumentieren, dass diese Zeit von den Russen als Zeit der Wiederaufrüstung genutzt würde. Das ist möglich.

Doch die gleiche Zeit hätte auch die Ukraine und die gleiche Zeit hätten die Friedenkräfte.

Die Zeit des Waffenstillstandes wäre für alle Seiten eine Möglichkeit, über ein endgültiges Ende der Kämpfe zu beraten.

Wir wollen Frieden in Europa.

### Kleine Friedenstaube

Kleine weiße Friedenstaube fliege über Land,  
allen Kindern auf der Erde bist du wohl bekannt.

Fliege übers große Wasser, über Berg und Tal,  
Grüß die Kinder aller Länder, Grüß sie tausend mal.

Ist Ihnen auch aufgefallen, dass dieses kleine Lied in letzter Zeit nicht mehr im Radio oder Fernsehen zu hören ist? Nur Zufall oder Absicht?

## Frühlingserwachen im OV Nord

Nach sehr langer Zeit - keiner weiß so richtig, wann der letzte Termin war - fand am 09. März wieder eine Mitgliederversammlung des OV Nord statt.

Genossin Sigrid Göllnitz hat sich auf die Fahnen geschrieben, ihren Ortsverband wiederzubeleben, nachdem sich der bisherige Sprecher:innenrat so nach und nach aufgelöst hatte. Von den fast 90 Mitgliedern des Ortsverbandes sind acht Genoss:innen der Einladung gefolgt.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurde gleich heftig eingestiegen in die aktuellen Themen, die uns alle bewegen - der zerrissene Zustand unserer Partei, der Krieg in der Ukraine, wie sieht's in unserem eigenen Stadtverband aus. Es war eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion, bei welcher natürlich sehr unterschiedliche Meinungen aufeinander gestoßen sind.

Aber in einem Punkt waren sich alle einig: Der nächste Termin soll bald sein, und zwar am 20. April.

Ich war Gast in dieser Veranstaltung, habe Sigrid Göllnitz in der Vorbereitung unterstützt. Das werde ich gern auch weiterhin tun. Ganz toll wäre es, wenn sich noch mehr Genoss:innen einbringen würden, um ein lebendiges Parteileben gestalten zu können. Ideen und Vorschläge sind sehr willkommen.

Ich drücke dem OV Nord beide Daumen und wünsche viel Erfolg.

Lydia Roloff

### 19. März 2023 - Gedenken an die Märzgefallenen

Am 19. März finden wir uns zum Gedenken der Märzgefallenen ab 11 Uhr auf dem Friedhof Ammendorf ein.

## Rezension

Gabriele Habinger Eine Wiener Biedermeierdame erobert die Welt. Die Lebensgeschichte der Ida Pfeiffer (1797 - 1858) Promedia Verlag Wien 2022, ISBN 978-3-8571-508-6, 206 S.

Die Autorin studierte Völkerkunde und Publizistik und beschäftigte sich schon in ihrer Dissertation mit reisenden Europäerinnen im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert. Zum 225. Geburtstag Ida Pfeiffers hat sie eine erneuerte Biografie dieser vorgelegt, in der Ida Pfeiffer über weite Strecken selbst zu Wort kommt. Die 25 Jahre zuvor erschienene wurde umfangreich erweitert, so dass sie auch für KennerInnen der ersten sicher viel Neues bietet.

Zunächst geht Gabriele Habinger jedoch auf das Phänomen „alleinreisende Frau“ generell ein. Ida Pfeiffer sah keine besonderen Schwierigkeiten - den „wer sollte sich einer 45 jährigen älteren Dame unhöflich verhalten?“. Damit agierte sie gegen den damaligen Zeitgeist, den diesem entsprechend wurden Mädchen „schon in der Kinderliteratur damit vertraut gemacht, dass die Vorstellung von weiblichen Reisen kaum mehr als eine abwegige Phantasie sein könnte“ (S. 24). Insofern reihte Ida Pfeiffer sich zunächst in die Tradition der religiös motivierten Frauenreisen ein, „denn damit hofft sie ein gewisses Verständnis bei ihren Zeitgenossinnen zu finden“ (S. 41).

Während ihrer Reisen macht sie sich ausgiebig Notizen, die im vorliegenden Buch erfreulicherweise umfangreich zitiert werden (nebst Illustrationen und einer Karte zu ihren Weltreisen): doch sei es ein hartes Stück Arbeit für ihren Verleger gewesen, sie zu einer Publikation zu überreden. Dies wurde jedoch zunehmend notwendig, um weitere Reisen zu finanzieren, denn im Gegensatz zu Männern jener Zeit, die Forschungsaufträge und damit Gelder erhalten konnten, war Frauen dies verwehrt.

Allerdings zeigten sich hier auch schnell wieder die Grenzen ihrer gerade erst errungenen Freiheit: die weiteren Verhandlungen nach dem ersten Erfolg muss ein Bevollmächtigter für sie führen.

Auf ihren Reisen besuchte sie alles „Merkwürdige“ und „Sehenswerte“, darunter Gefängnisse und Hospitäler, Diamantenminen und Bergwerke, Fabriken und Warenlager (s. S. 60). Auch botanische Kenntnisse sammelte und beschreibt sie fleißig, so den Kampfbaum und die Sagopalme. Außerdem sammelte sie eine große Anzahl naturkundlicher Objekte wie Insekten, Käfer, Schmetterlinge etc.

Der Verein für erweiterte Frauenbildung sorgte dafür, dass Ida Pfeiffer als erste Frau ein Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof erhielt, jedoch wäre es verfehlt,

Ida Pfeiffer als Verfechterin weiblicher Emanzipation zu bezeichnen (s. S. 72). Ihre Berichte und Erkenntnisse lesen sich jedoch auch heute für Reisende noch vergnüglich und anregend, das Buch über Jerusalem sei z.B. immer noch geeignet, „einen Spaziergang durch Jerusalem ohne weiteres zu bestreiten“ (S. 46).

## Wissing blockiert Mobilitätswende

**Pressemitteilung von Bernd Riexinger, 06. März 2023**

„Bisher sah man bei Minister Wissing kein besonderes Engagement bei der Umsetzung der dringend nötigen Mobilitätswende. Jetzt geht er sogar dazu über, aktiv zu blockieren, und es stellt sich die Frage, ob die Bundesregierung im Verkehrsbereich ihren eigenen Koalitionsvertrag noch ernst nimmt“, kommentiert Bernd Riexinger, Sprecher für nachhaltige Mobilität der Fraktion DIE LINKE, das Agieren des Verkehrsministers. Riexinger weiter:

„Wissing wirft Nebelkerzen, wenn er auf E-Fuels als Alternative zu batterie-elektrischen Pkw setzt. E-Fuels werden auch zukünftig knapp und teuer sein. Zudem fährt ein klassisches E-Auto mit der gleichen Strommenge drei- bis fünfmal so weit wie ein mit E-Fuels betanktes Auto. E-Fuels haben nur in wenigen spezifischen Anwendungsbereichen eine Zukunft. Das haben selbst die meisten Autohersteller schon verstanden. Wissing behindert so die dringend nötige Transformation zur batterie-elektrischen Mobilität, bei der die deutschen Hersteller stark hinterherhinken.

Die Energie, die Minister Wissing für das Blockieren sinnvoller EU-Regelungen aufbringt, wäre besser eingesetzt bei der Unterstützung der nötigen Transformation der Industrie. Und noch viel wichtiger beim Ausbau von Fuß-, Rad-, Bahn- und Busverkehr. Statt E-Fuels für Neu-Pkw zu befördern, muss der Umstieg auf ÖPNV und Bahn durch deren Verbesserung gefördert werden.“

### 17. März 2023 - Strickcafé

Zeit: 16 Uhr

Ort: Linker Laden (Leitergasse 4, 06108 Halle)

Am Freitag werden wieder die Nadeln geschwungen. Ab 16 Uhr treffen wir uns im Linken Laden zum 14-tägigen Strickcafé bei Kaffee und Keksen.

Kommt sehr gern vorbei.



## Frieden muss gestiftet werden

**Gedanken zum Buch von Daniela Dahn:**

**Im Krieg verlieren auch die Sieger. Nur der Frieden kann gewonnen werden.**

**Rowohlt Taschenbuch Verlag Hamburg November 2022, 221 S.**

Der Kriegsbeginn am 24.2.2022 traf mich tief ins Herz. Jahrzehnte war ich mit Freunden in Baschkirien und Moskau verbunden. Doch es gibt kein anderes Urteil: Putins Krieg gegen die Ukraine ist ein Verbrechen am Völkerrecht und eine Schande in unserer Zeit.

Nun liegt ein Buch vor, das Einblick in die Geschichte gibt und es wieder wagt - wie beim Kosovo-Krieg - man muss die ganze Geschichte sehen, die Anfänge und die Beteiligten.

Eindeutig bezieht Daniela Dahn Position: „Die russische Invasion in die Ukraine ist das schlimmste Verbrechen, das das Völkerrecht kennt.“ (S.46)

Die Autorin erinnert an die Rolle der USA in den Kosovo-Krieg, an die zerbombten Städte und dass als Ergebnis in dem „Camp Bondsteel der weltweit größte ausländische US-Militärstützpunkt, sofort nach Kriegsende ungefragt errichtet wurde.“ (S. 58)

In unseren Medien gab es ironische Anmerkungen zu der Putinschen Formulierung einer „Spezialoperation“. Daniela Dahn erinnert, wie das bei den USA-Truppen hieß: „Der Vietnamkrieg, in dem drei Millionen Vietnamesen und 58000 amerikanische Soldaten getötet wurden, hieß „Operation Rolling Thunder“, Donnerrollen. Das Bombardement vom Dezember 1972, in dem mehr Bomben niedergingen als in den drei Jahren zuvor, lief unter „Weihnachtsbombardement“. Der Angriffskrieg gegen Serbien war die „Operation Allied Force“, Unternehmen Bündnisstreitmacht. Die illegale „Koalition der Willigen“ im Golfkrieg 2003 wird bis heute als „Militäroperation der USA“ bezeichnet. Und der verhängnisvolle Krieg in Afghanistan war die „Operation Enduring Freedom“, eine dauerhafte Freiheit, die es nie gab und deshalb in eine wohl dauerhafte Taliban-Herrschaft geführt hat.“ (S. 38)

Es fällt schwer, zu begreifen, dass neue Waffenlieferungen die ohnehin schon große Zahl der Opfer auf beiden Seiten noch ohne Begrenzung fortführen sollen. Man rechnet zur Zeit mit über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten. Die USA sind der einzige Gewinner. Und Selenskyi sieht in den USA seinen Retter. Die Welt verschließt die Augen vor der Rolle der Oligarchen, die immer noch Einfluss auf die Wirtschaft und Politik haben. Selbst wenn ein ukrainisches Team ihre Rolle bei Odessa anprangert, findet sich niemand, der sie unterstützt. Die deutsche Presse weiß von nichts.

Für wie blind werden wir von den Politikerinnen und

Politikern für Außen- Wirtschafts- und Finanzpolitik gehalten? Ein Glück, dass in dieser Zeit Die Linke kritisch bleibt und aufnimmt, was die Mehrheit der Bevölkerung verlangt: Ein Ende des Mordens und Verhandlungen. Schließlich gibt es dafür aus Lateinamerika gewichtige Unterstützung.

Das lesenswerte Buch enthält in den Kapiteln „Der Albtraum vom ewigen Krieg“ und „Der Traum vom ewigen Frieden“ eine Fülle von Vorschlägen und Erfahrungen - auch aus früheren Beiträgen.

Daniela Dahn zitiert Brecht (die Medien erinnern an seinen Geburtstag):

„Man hat gesagt, die Freiheit entsteht dadurch, dass man sie sich nimmt. Nehmen wir uns also die Freiheit, für den Frieden zu arbeiten!“ (S.120)

Nun ist inzwischen von Alice Schwarzer und Sarah Wagenknecht eine Petition für den Frieden verfasst worden, zu deren Erstunterzeichnerinnen auch Daniela Dahn gehört.

Bis zum 16.2.2023 schlossen sich 420.000 Bürgerinnen und Bürger an. Das Ziel der Autorinnen ist, eine Million zu erreichen, was aus meiner Sicht, der ich mich beteiligte, zu wünschen ist. chen ist.

Ja, der Frieden muss gestiftet werden.

Ernst Luther

### **31. März 2023 - AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung**

Zeit: 18 Uhr

Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“, Am Kinderdorf 1, 06124 Halle

Diesmal beschäftigen wir uns mit dem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2024 und wollen das alte Programm mit den neuen Ideen vergleichen.

### **31. März 2023 - Festveranstaltung - 30 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt**

Zeit: ab 17 Uhr

Ort: Forum Gestaltung, Brandenburger Straße 10, 39104 Magdeburg

mit den Hengstmann Brüdern und der Band „Duo San“

## Rezension

**Juli Zeh Simon Urban Zwischen Welten Luchterhand Literaturverlag München 2023 ISBN 978-3-630-87741-9, 444 Seiten.**

Früher hätte man es Briefroman genannt, heute korrespondieren die ProtagonistInnen des Buches per mail, whatsapp und Telegram. Schon allein durch diese Kommunikationsformen sind Juli Zeh und Simon Urban mitten in einem aktuellen Thema: Wie schnell werden heutzutage Antworten erwartet? Wie Empathie ausdrücken? Wie sicher sind diese neuen Formen? Zu welchen Veränderungen im gesellschaftlichen Umgang miteinander führen sie? In einer mail wird eingeschätzt: „Unsere Gesellschaft wird einerseits immer säkularer, pflegt aber andererseits einen immer drastischeren Moralkult. Man glaube heute nicht mehr an das Unfehlbare Urteil Gottes, sondern an das der vermeintlichen Digitalgesellschaft“ (S. 301). „Auf der einen Seite schreit man ständig nach Gerechtigkeit und bestraft selbst kleinste sprachliche Vergehen drakonisch“ (S. 382).

Kommunikationsformen sind ein Aspekt des vorgelegten Textes - es geht um die große Frage unserer Zeit „Wie wollen wir leben?“. Dazu korrespondieren Stefan, stellvertretender Chefredakteur einer großen Hamburger Zeitung, und Theresa, Milchbäuerin in Brandenburg. Während seine größten Probleme die Auflagenhöhe des Blattes und cancel culture sind, kämpft Theresa ums nackte Überleben ihres Hofes und um den Bestand ihrer Ehe. Es mutet eigenartig an, wenn Stefan seitenlang über Meetings zur geschlechtergerechten Schreibweise berichtet, während Theresa ihm von immer mehr Einschränkungen durch (EU) Verordnungen und Gesetze erzählt, die letztendlich zum Sterben kleiner Bauernhöfe führen.

Und doch greifen Juli Zeh und Simon Urban in den mails von Stefan an Theresa eine wichtige Frage auf: darf/muss sich Journalismus eine Haltung erlauben, oder muss er neutral bleiben? Geht das angesichts von Klimakrise und wachsendem Rechtspopulismus überhaupt?

Diskutiert zwischen den beiden werden auch Fragen wie „Was heißt Demokratie?“, „Welche Protestformen sind erlaubt?“, „Was bedeutet echte Emanzipation?“ (eben nicht nur Sternchen - wie es Theresa ausdrückt), „Wie auf Putins Krieg reagieren?“ u.a.m.

Es sind die großen Fragen unserer Zeit, die die beiden diskutieren und sich dabei mit drastischen, im Netz rumschwirrenden Vergleichen auseinandersetzen - so wird z.B. auf S. 97 zitiert „Hitlers Faschisten haben

Millionen von Menschen auf dem Gewissen. Aber ihr, ihr bringt Hunderte von Millionen um! Ihr seid die Massenmörder der Toten der Zukunft. Ihr habt die Opfer von Dürre, Flut, Flächenbrand, Hunger und Flucht auf dem Gewissen!“

Das Thema Klimakrise zieht sich durch - nicht nur aus der Sicht der Bauern, denen häufig einfach Egoismus und Lobbyismus vorgeworfen wird - sondern auch mit Fragen wie: nützt Elektromobilität wirklich dem Klima? Juli Zeh und Simon Urban geben keine abschließenden Antworten - regen jedoch zur Diskussion und hoffentlich auch um Umdenken an. Für mich ist „Zwischen Welten“ schon jetzt das Buch des Jahres 2023!



Derzeit protestieren die Studierenden dagegen, dass die Mieten vom Studentenwerk Halle enorm angezogen werden. Wir teilen die Kritik, die sich gegen eine Erhöhung von teilweise 41 Prozent richtet. Denn das Studentenwerk Halle hat einen sozialen Auftrag. Natürlich ist hier vor allem die Landespolitik gefragt, diesen Auftrag zu ermöglichen, zB durch eine Berücksichtigung im Haushalt von Sachsen-Anhalt. Bis es soweit ist, unterstützen wir die Proteste von den Betroffenen und vom Studierendenrat. Der erste findet am 9. März ab 12:30 Uhr vor der Harz-Mensa statt. Darüber hinaus gibt es eine Petition, die hier unterschrieben werden kann: [t1p.de/HalleStuWe](https://t1p.de/HalleStuWe)

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung vom 23./24.02.2023

Zur 18. Sitzungsperiode des Landtages standen 24 Themen auf der Tagesordnung, zu denen am 23. und 24. Februar debattiert und abgestimmt wurde.

## #Senior\*innen

### Senior\*innenpolitisches Programm - Altenhilfe und Pflege in Sachsen-Anhalt

Mehrgenerationenhäuser, Ehrenamtslotsen, Senioren-Kompetenzteams - das sind einige Schlagworte und Ziele aus dem seniorenpolitischen Programm des Landes. Mit einer Großen Anfrage (Drs.: 8/2071) hat die Fraktion DIE LINKE das Thema auf die Tagesordnung gebracht, da die Antworten der Landesregierung auf die mehr als 80 Fragen nunmehr vorliegen. Die Antworten der Landesregierung waren erschreckend und haben in Gänze Kenntnislosigkeit, Desinteresse sowie Strategielosigkeit der Landesregierung im Bereich Seniorenpolitik aufgezeigt.

Es sei jetzt mehr als notwendig, dass wir aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen ziehen für das seniorenpolitische Folgeprogramm.

Die Landesregierung müsse die Verantwortung der Seniorenpolitik annehmen und dürfe nicht nur auf die Querschnittsaufgabe und die ausführenden Strukturen verweisen, damit wir endlich die nachhaltige Teilhabestrukturen für unsere Senior\*innen ermöglichen können.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE einen Entschließungsantrag (Drs. 8/2250) dazu eingebracht. Monika Hohmann, seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kritisierte, dass das 2020 ausgeführte seniorenpolitische Programm von der Landesregierung nicht evaluiert worden sei. „Ernüchert stellen wir fest, dass etwa ein Viertel der damals im Programm festgeschriebenen Maßnahmen realisiert wurde - ein Viertel von 25 Maßnahmen!“, sagte sie. Sie musste feststellen, dass so ziemlich in allen Bereichen - Wohnen, Teilhabe, Beratung, Mobilität, Barrierefreiheit usw. - weiterhin massive Defizite bestehen. Diese greift der Entschließungsantrag auf und fordert entsprechende Änderungen.

Angenommen wurde ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen.

## #Integration

### Schutzsuchenden helfen - Integration befördern - Kosten gerecht verteilen

Die Unterbringung Schutzsuchender, Geflüchteter und Asylsuchender stellt eine unabwiesbare humanitäre und rechtliche Verpflichtung dar. Diese Feststellung trifft der Antrag der Linksfraktion (Drs. 8/2251). Der Bund leistet nach unserer Auffassung bisher nicht den nötigen und umfassenden Beitrag zur gerechten Verteilung der Kosten. Mit einer umfassenden Erstattung der Kosten, sowohl für die Erschließung und Nutzung von Unterbringungsmöglichkeiten, als auch für aus Zuwanderung resultierenden Kosten wie Mehrausgaben für Kita- und Schulplätze soll hier Abhilfe geschaffen werden.

Außerdem sollen die Möglichkeiten für eine menschenwürdige, sichere und integrationsfördernde Unterbringung im Land genutzt werden. Dass Menschen über Jahre zwangsweise und gegen ihren Willen in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen, während Kapazitätsprobleme bei der Unterbringung neu Ankommender beklagt werden, ist ungerecht. Entscheidend sind die Bedingungen für Integration. Das positive Beispiel von Integrationsförderung und -ermöglichung im Burgendlandkreis unter Landrat Götz Ulrich (CDU) soll zum Standard für das Handeln von Ausländerbehörden gemacht werden und so Integration in den Arbeitsmarkt befördert werden.

Die für Migration und Integration zuständige Sprecherin Henriette Quade betonte in ihrer Einbringung: „Die Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter und Asylsuchender ist eine humanitäre Verantwortung. Und sie ist eine Pflicht, die sich unmittelbar aus dem Grundgesetz sowie Europa- und Unionsrecht ergibt.“ Und sie verwies darauf, dass während die Geflüchteten gegen unzählige Hürden anzukämpfen haben, die ihnen deutsches Aufenthaltsrecht und Ausländerbehörden in den Weg stellen, die sie von Sprachkursen fernhalten, die sie zwingen, in Gemeinschaftsunterkünften zu leben,

die gut für die schnelle Erstaufnahme sind, aber nicht für ein Leben, die ihnen die Arbeitserlaubnis verweigern, die sie, wenn sie krank sind, zum Amt anstatt zum Arzt zwingen, würden sie zum Problem schlechthin, also zur Belastung, zur Überforderung und zu Konkurrenten gemacht. Das sei nicht nur ungerecht. Es sei auch brandgefährlich, weil es Rassismus, Ausgrenzung und Abwehr bestärkt und nicht bekämpft.

Der Antrag wurde in die Ausschüsse für Inneres und Sport sowie Finanzen überwiesen.

## #Bildung

### Bildungsforum zur Krisenbewältigung

Gute Schulen brauchen mehr und motivierte Pädagog\*innen. Unter diesem Titel hat die Linksfraktion einen Antrag (Drs. 8/2248) eingebracht, der den überstürzten Schulgipfel des Ministerpräsidenten, als einseitig von der Landesregierung bestimmte Veranstaltung zur Verkündung von bereits feststehenden Maßnahmen war. Damit sei ein verheerendes Signal in die Lehrerschaft gesendet worden.

Mit diesem Gipfel habe die Landesregierung viele Fragen, aber so gut wie keine Lösungen produziert. Sie habe bei den Lehrkräften Empörung und Wut erzeugt. Das Vertrauen in die Landesregierung sei erheblich erschüttert. Der gescheiterte Schulgipfel dürfe nicht das Ende einer Suche nach tragfähigen Lösungen für eine tiefgreifende Schulkrise sein.

Thomas Lippmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher betonte: „Hinzu kommt der konservative Glaube an die Segnungen des gegliederten Schulsystems, ohne sich z. B. mit dem Scheitern der Sekundarschule auseinanderzusetzen und auch ohne den Willen, inklusive Förderung so zu organisieren, dass alle Kinder und Jugendlichen eine faire Chance im gemeinsamen Unterricht haben.“

Die Bilanz der letzten vier Wahlperioden ist verheerend: Wir haben bundesweit das geringste Unterrichtsangebot, die geringste Anzahl von höheren Schulabschlüssen und dafür die höchste Anzahl von Schülerinnen und Schülern ohne regulären Schulabschluss. Die Schwächung unseres Schulsystems ist die schwerste Hypothek für die individuellen, sozialen und wirtschaftlichen Perspektiven im Land.“ Darüber hinaus fordert DIE LINKE die Landesregierung auf, zwei ihrer zentralen Vorhaben vom 19. Januar zu korrigieren. Das sind zum einen die Einführung der verpflichtenden Vorgriffstunde für alle Lehrkräfte und zum anderen die Kopplung der Besoldungsgruppe A 13 für die Grundschullehrkräfte an die Entstehung von Ganztagsgrundschulen. „Außer einem Haufen Ärger

und demotivierten Lehrkräften werden Sie mit fast leeren Händen dastehen. Sie verschlechtern zusätzlich die Wettbewerbsbedingungen für Neueinstellungen. Die Vorgriffstunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wirklich die blödeste Idee, die Sie haben konnten. Sie werden sich daran die Finger verbrennen“, sagte Thomas Lippmann. Zukunftsweisend sei das alles nicht. Der Antrag wurde abgelehnt.

## #Reparaturbonus

### Reparaturbonus nach Thüringer Vorbild vom Landtag abgelehnt

„Anderthalb Jahre hat die Befassung unseres Antrages [Drs. 8/230] ‚Reparieren statt Wegwerfen‘ zum Reparaturbonus nach Thüringer Vorbild gedauert“, sagte die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich, „Wer nun meint, dass da sehr intensive sachorientierte Debatten stattfanden, geht leider fehl.“ Die sehr seichte Beschlussempfehlung aus den Ausschussberatungen orientiere allein auf Aufklärung und Information. Das führt allerdings nicht zu direkten Entlastungen und tatsächlichen Anreizen, wie dies ein Reparaturbonus hätte leisten können.

Schließlich habe das Land eine Nachhaltigkeitsstrategie, die auf Ressourcenschonung orientiere. Dazu könnten Reparaturen von Alltagsgegenständen und elektrischen sowie elektronischen Geräten einen wichtigen Beitrag leisten, zumal Reparaturen häufig verhältnismäßig teuer sind und damit eine Neuanschaffung lukrativer erscheint.

In Thüringen und auch in Österreich laufen solche Förderprogramme sehr gut und auch die oftmals vermeintlich überlasteten Handwerker\*innen scheinen doch diese Aufträge zu bewältigen. Damit wird zugleich die regionale Wertschöpfung weiter gestärkt. Leider hat es Sachsen-Anhalt wieder einmal verpasst, zumindest als zweites Bundesland hier voranzugehen. Während hier der Bonus abgelehnt wird, hat Sachsen ein Programm von 2,5 Millionen Euro für zwei Jahre aufgelegt. Nachhaltigkeit scheint noch immer nicht bei allen angekommen zu sein, auch nicht im Parlament.

## + + kurz berichtet + +

### Weiterer Versuch zur Wahl eines Vizepräsidenten der AfD fehlgeschlagen

Die Fraktion der AfD unternahm erneut einen Anlauf, einen ihrer Abgeordneten zum Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Der vorgeschlagene Jan Scharfenort scheiterte deutlich.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 10. März 2023